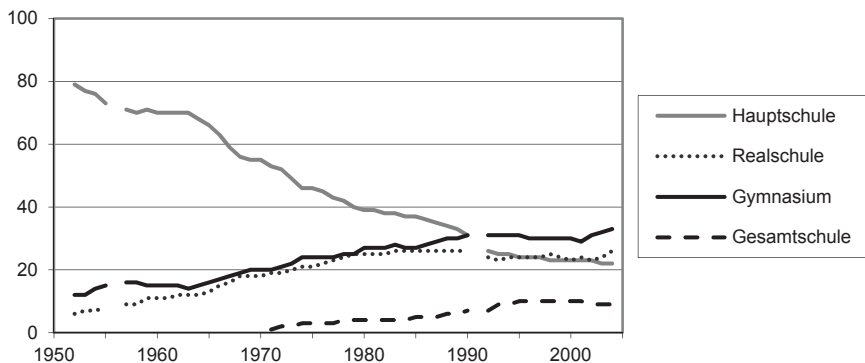


2 Bildungsexpansion und institutionelle Zugangswege

2.1 Einige Eckdaten zur Bildungsexpansion

Abbildung 1 dokumentiert den Prozess der Höherqualifizierung der westdeutschen Schülerschaft an weiterführenden Schulen. Die Grafik ist dem System sozialer Indikatoren von *GESIS* entnommen und beschreibt die Entwicklung der Verteilung der 13-jährigen Schüler über die verschiedenen Schulformen des unteren Sekundarbereichs. Diese Darstellung wird sehr häufig herangezogen, um den Prozess der Bildungsexpansion zu veranschaulichen (z.B. Becker 2006: 31; Herrlitz et al. 2001: 218; Köhler 1990: 35; Maaz 2006: 33). Zu beobachten ist der bekannte quantitative Bedeutungsverlust der Hauptschule bei gleichzeitiger Steigerung der Besuchquoten an Realschulen und Gymnasien.

Abbildung 1: Entwicklung der Verteilung der 13-jährigen Schüler über die Schularten (in Prozent)

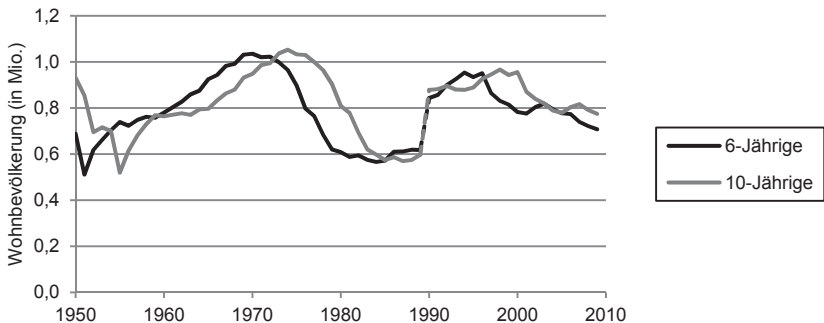


Quelle: GESIS System sozialer Indikatoren: www.gesis.org/unser-angebot/daten-analysieren/soziale-indikatoren/system-sozialer-indikatoren/ (Zugriff: 23.7.2013). Anmerkung: Alte Bundesländer, ab 1991 für Gesamtdeutschland. Ohne Sonderschulen.

Besonders deutlich wird aber auch, wie bereits in der Einleitung angedeutet, dass sich die Expansion der Beteiligung an den höheren Bildungsgängen schon seit den 1950er-Jahren vollzog, also lange vor den bildungspolitischen Reformen der 1960er und 1970er-Jahre. In der relativen Entwicklung ist somit kein eigenständiger Effekt der Reformen erkennbar, der sich in einer deutlichen Erhöhung der Besuchsquoten des Gymnasiums bemerkbar macht (vgl. hierzu auch Köhler 1978: XVI, 74; Maaz 2006: 35). Die einzige in dieser Darstellung beobachtbare Neuerung, die auf der unteren Sekundarstufe ansetzt und neue Wege zur Studienberechtigung eröffnet, ist die Einführung der Gesamtschule in manchen Bundesländern zu Beginn der 1970er-Jahre.⁴

Dennoch stellt dieser Befund nicht notwendigerweise die hergebrachte Vorstellung in Frage, Ende der 1960er-Jahre sei das Bildungssystem massiv ausgebaut worden. Gerade in der Folgezeit der späten 1960er-Jahre ist ein ausgeprägter politischer Aktionismus zur Umgestaltung und zum Ausbau des Bildungssystems zu beobachten (vgl. Herrlitz et al. 2001). Jedoch ist zu unterscheiden zwischen den politischen Investitionen zur Erweiterung der Bildungsangebote und deren Effekt auf die Bildungsbeteiligung. Ein wichtiger Faktor, der bei der Betrachtung der Beziehung zwischen politischen Maßnahmen zum Ausbau des Bildungssystems und der Expansion der Bildungsbeteiligung berücksichtigt werden muss, ist die Entwicklung der Geburten- bzw. der Schülerzahlen.

Abbildung 2: Entwicklung der sechs- und zehnjährigen Wohnbevölkerung

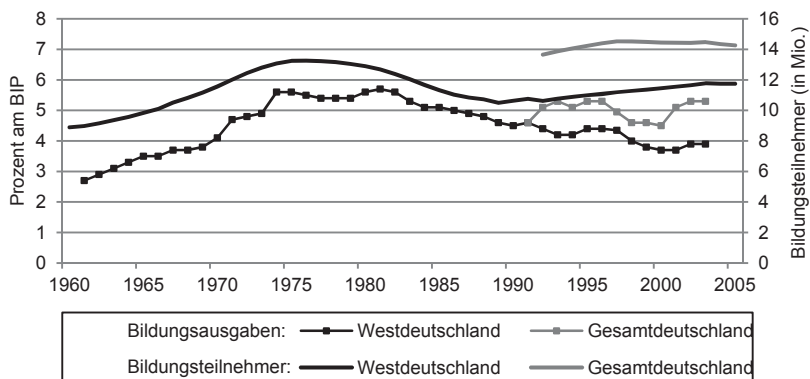


Quelle: Statistisches Bundesamt, bis 1969 Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, ab 1970 Genesis-Datenbank: <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online> (Zugriff: 23.7. 2013). Anmerkung: Alte Bundesländer, ab 1991 für Gesamtdeutschland.

⁴ In Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und West-Berlin gab es schon vor den 1970er-Jahren Versuche mit Gesamtschulen. Diese werden in der amtlichen Statistik meist nicht separat ausgewiesen, sondern nach den entsprechenden Zügen den herkömmlichen Schulformen zugeteilt.

Abbildung 2 veranschaulicht die Entwicklung der Bestandsbevölkerung der Sechs- bzw. Zehnjährigen. In diesem Alter treten die Kinder in der Regel in das Schulsystem ein (sechs Jahre), bzw. an die weiterführenden Schulen über (zehn Jahre). Wie in der Abbildung deutlich wird, traten zwischen 1960 und 1980 besonders starke Kohorten in das Schulsystem ein. Diese standen entsprechend zwischen 1965 und 1985 vor dem Übergang an die weiterführenden Schulen. Dieser Schülerberg fällt genau in den Zeitraum der viel zitierten Reformmaßnahmen der 1960er-Jahre. Die Erweiterung der Bildungsangebote hatte also zunächst den Ansturm dieser Schülermassen zu bewältigen. Dies bedeutet, Ende der 1960er-Jahre musste es aufgrund der erhöhten Nachfrage durch die geburtenstarken Jahrgänge zwangsläufig zu Investitionen in den Ausbau der Bildungsangebote kommen. *Abbildung 3* veranschaulicht dies anhand zweier einfacher Indikatoren. Auf der einen Seite ist die Anzahl der Bildungsteilnehmer abgetragen. Diese Zahl umfasst alle Personen, die sich zum jeweiligen Zeitpunkt im Bildungssystem befinden (Schüler an allgemein- und beruflichen Schulen und Weiterbildungseinrichtungen sowie Studierende). Auf der anderen Seite sind die öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen als Anteil des Bruttoinlandsprodukts (BIP) abgetragen. Wie in der Abbildung zu sehen ist, folgen die Bildungsausgaben weitgehend der Entwicklung der Bildungsteilnehmerzahlen.

Abbildung 3: Bildungsausgaben als Anteil am Bruttoinlandsprodukt und Anzahl der Bildungsteilnehmer



Quellen: Bildungsausgaben (Ausgaben der öffentlichen Haushalte für das Bildungswesen als Anteil des Bruttoinlandsprodukts) aus: GESIS System sozialer Indikatoren: www.gesis.org/unserangebot/daten-analysieren/soziale-indikatoren/system-sozialer-indikatoren/ (Zugriff: 23.7.2013). Bildungsteilnehmerzahlen aus: Statistisches Bundesamt: bis 1991 Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland, ab 1992 Fachserie 11, Reihen 1 (allgemeinbildende Schulen), 2 (berufsbildende Schulen) und 4.1 (Studierende an Hochschulen).

Zur kausalen Richtung beider Prozesse lässt sich vermuten, dass die Erhöhung des Bildungsbudgets sicherlich zu großen Teilen eine Reaktion auf die steigenden Schülerzahlen war. Doch auch wenn angesichts des Schüleransturms offensichtlich war, dass in den Ausbau der Bildungsangebote investiert werden musste, bestand ein politischer Gestaltungsspielraum bei der Frage, auf welche Art und Weise dies erfolgen sollte. Dies war gewiss beeinflusst von der bildungspolitischen Diskussion der 1960er-Jahre und es ist nicht auszuschließen, dass einige der Maßnahmen zum Ausbau des Bildungssystems dazu beitrugen und entsprechende Voraussetzungen dafür schufen, dass sich in den nachfolgenden Jahren das Bildungsniveau der Bevölkerung weiter steigern konnte.

Nach Herrlitz und Kollegen (2001: 204) war die Erhöhung der Abiturientenzahlen spätestens seit Mitte der 1960er-Jahre ein erklärtes Ziel der Bildungspolitik. Dies fand erstmals seinen Ausdruck in dem 1964 verabschiedeten und in der Folgezeit mehrfach ergänzten *Hamburger Abkommen*⁵, in dem länderübergreifende Standards für die Organisation des Schulwesens festgelegt wurden. Wenngleich die Grundstruktur des Sekundarschulsystems mit seiner prinzipiellen Dreigliedrigkeit von diesem Abkommen weitgehend unangetastet blieb, so wurden einige erste Strukturen zur Vereinheitlichung der sequenziellen Fortsetzung von Bildungswegen, zunächst in der Gestalt von Aufbauschulformen, etabliert. In der Folgezeit wurden dann einige weitere institutionelle Reformen der Wege zur Studienberechtigung auf den Weg gebracht. Die wohl bedeutendste Neuerung ergab sich aus der Neustrukturierung des Hochschulbereichs mit der Einrichtung der *Fachhochschulen*. Die Fachhochschulen wurden Anfang der 1970er-Jahre auf Grundlage eines Abkommens der Bundesländer⁶ als Nachfolgeinstitutionen von Ingenieurschulen und Höheren Fachschulen, aber auch durch zahlreiche Neugründungen errichtet (vgl. Kulicke und Stahlecker 2004). Zusammen mit den Fachhochschulen wurde mit der *Fachoberschule* eine berufsbildende Institution zur Verleihung entsprechender Zugangsberechtigungen (Fachhochschulreife) geschaffen (vgl. Grüner und Diederich 1970; Schmidt 1970).⁷ Damit wurde speziell für Schulabgänger mit Mittlerer Reife (aber auch für Hauptschulabsolventen mit dem Zwischenschritt des Erwerbs der Mittleren Reife) ein geradliniger Weg in die Tertiärbildung eröffnet. Obwohl in der Bildungsforschung kaum beachtet, stellt dieser Reformschritt ein grundlegendes Novum

⁵ Abkommen zwischen den Ländern der Bundesrepublik zur Vereinheitlichung auf dem Gebiete des Schulwesens vom 28.10.1964, Ergänzungen vom 31.10.1968 und 14.10.1971.

⁶ Abkommen der Länder in der Bundesrepublik Deutschland zur Vereinheitlichung auf dem Gebiet des Fachhochschulwesens vom 31.10.1968.

⁷ Vgl. Rahmenvereinbarung der Kultusminister der Länder über die Fachoberschule (Beschluss der Kultusministerkonferenz vom 6.2.1969).

und einen nicht zu unterschätzenden Beitrag zur Ausweitung der Bildungsbeteiligung auf dem Tertiärniveau dar.

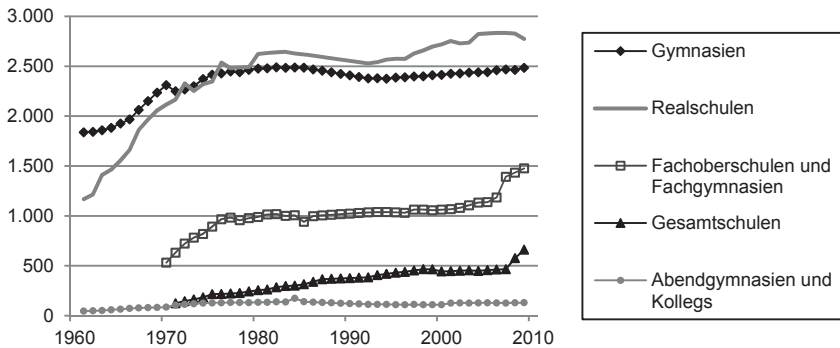
Die mit dem Hamburger Abkommen eröffneten Möglichkeiten zur Errichtung von Aufbaugymnasien wurden in einigen Bundesländern zum Ausbau der *Fachgymnasien* genutzt, die durch die Verbindung von allgemein- und berufsbildenden Lehrinhalten in einer in der Regel dreijährigen gymnasialen Oberstufe zur fachgebundenen oder allgemeinen Hochschulreife führen. Insgesamt eröffnete die nun deutlichere Abgrenzung zwischen der Sekundarstufe I und der Sekundarstufe II Gelegenheiten zur Schaffung institutioneller Wege im berufsbildenden Bereich, die auf der Mittleren Reife aufsetzen und zur Fachhochschulreife, zur fachgebundenen oder zur allgemeinen Hochschulreife führen. Die Ausgestaltung dieser Wege unterscheidet sich teilweise nach Bundesländern (z.B. Berufsoberschulen in Bayern, Technische Oberschulen in Baden-Württemberg, Kollegschulen in Nordrhein-Westfalen, vgl. Herrlitz et al. 2001: 213).

Auf Empfehlung des 1965 gegründeten Deutschen Bildungsrats (1970) begannen Anfang der 1970er-Jahre auch Schulversuche mit *Gesamtschulen*. In der Folge wurden die Gesamtschulen je nach Bundesland mehr oder weniger stark ausgebaut und als zusätzlicher Schultyp mit meist eigener gymnasialer Oberstufe etabliert (Herrlitz et al. 2001: 211).

Fasst man die Reformen der späten 1960er- sowie der 1970er-Jahre zusammen, so lassen sich folgende Entwicklungen bei den Wegen zur Studienberechtigung festhalten: Obwohl die Empfehlungen des Deutschen Bildungsrates, die stark auf die Errichtung eines Stufenschulsystems abzielten (Deutscher Bildungsrat 1970: 26), aufgrund politischer Widerstände nicht umgesetzt werden konnten, wurden erstens, unter Beibehaltung der institutionellen Mehrgliedrigkeit der Sekundarstufe I, zahlreiche Elemente sequenzieller Durchlässigkeit geschaffen, die neue Wege bis an die Hochschulen eröffneten. Damit verbunden wurde, zweitens, die vormals strikte Trennung praktisch-berufsbildender und allgemeinbildend-akademischer Institutionen zunehmend gelockert. Während berufsbildende Wege zur Studienberechtigung zunächst fachspezifisch oder auf die Fachhochschulen beschränkt blieben, wurden zunehmend mehr Möglichkeiten geschaffen, die allgemeine Hochschulreife über berufsbildende Wege zu erwerben (vgl. Brauckmann und Neumann 2004: 90f). Die Konzentration der Reformen auf den Ausbau und die Vereinheitlichung sequenzieller, der Sekundarstufe I nachgelagerter Bildungswege ist mit ein Grund, warum bei der Betrachtung der relativen Besuchsquoten der weiterführenden Schulen, wie sie in *Abbildung 1* dargestellt ist, kein eigenständiger Effekt der Reformen erkennbar ist. *Abbildung 1* beschreibt somit zwar einen allgemeinen Trend zur Höherqualifizierung bei der Wahl weiterführender Schulen, blendet aber wesentliche Aspekte der (politisch induzierten) Bildungsexpansion seit Ende der 1960er-Jahre

aus. Dies zeigt sich auch in einer etwas anderen Darstellung in *Abbildung 4*. In der Grafik ist die Anzahl der bedeutendsten Schulformen im Bundesgebiet abgebildet, die eine Studienberechtigung verleihen. Zum Vergleich ist auch die Entwicklung der Realschulen abgetragen, die zwischen 1960 und 1980 mit mehr als einer Verdopplung der Schulanzahl die bemerkenswerteste Entwicklung aller Schulformen durchlief.

Abbildung 4: Entwicklung der Anzahl verschiedener Schulformen 1962-2009



Quelle: Statistisches Bundesamt, Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland (bis 1987), Fachserie 11, Reihen 1 und 2 (ab 1992). Anmerkung: Alte Bundesländer (ab 1992 ohne Berlin).

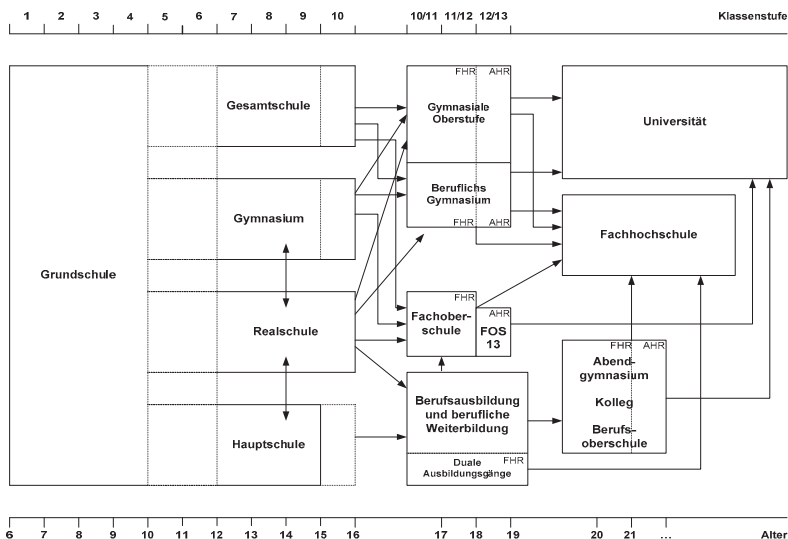
Auch in dieser Abbildung ist zu erkennen, dass der Ausbau der bereits vor den Reformen bestehenden Schulformen (Gymnasien, Realschulen, Abendgymnasien und Kollegs) schon vor den Bildungsdebatten der späten 1960er-Jahre einsetzte. Hingegen wurde mit der Einführung der Fachoberschulen und Fachgymnasien im Jahre 1970 die Zahl der zur Studienberechtigung führenden Institutionen schlagartig um etwa ein Fünftel erweitert.⁸ Hinzu kamen die Gesamtschulen, die zwar nicht notwendigerweise zur Studienberechtigung führen, jedoch zusätzliche Zugangswege eröffnen.

⁸ In den Statistischen Jahrbüchern sind Fachoberschulen und Fachgymnasien im Zeitraum 1970-1985 zu einer Kategorie zusammengefasst. Der Großteil der Schulen sind jedoch Fachoberschulen (im Jahr 1986 sind dies etwa zwei Drittel). Die wenigen Fachgymnasien, die bereits vor 1970 bestanden (frühestens seit 1967), sind vermutlich in der Kategorie ‚Gymnasium‘ enthalten.

2.2 Überblick über die institutionellen Wege zur Studienberechtigung

Obwohl sich die einzelnen Bundesländer in der konkreten Ausgestaltung ihrer Bildungssysteme unterscheiden, lässt sich eine Grundstruktur der Wege zur Studienberechtigung skizzieren, die den Rahmen für eine gesamtdeutsche Betrachtung des Bildungswesens bietet (vgl. *Abbildung 5*).

Abbildung 5: Grundstruktur des deutschen Bildungssystems



Anmerkung: FHR=Erwerb der Fachhochschulreife ist an Schulform möglich, AHR=Erwerb der allgemeinen Hochschulreife ist an Schulform möglich.

Die landläufige Unterscheidung zwischen ‚erstem‘ und ‚zweitem Bildungsweg‘ kann zunächst bei der Systematisierung der Bildungsinstitutionen als erste Orientierung dienen, erweist sich bei näherer Betrachtung jedoch als zu pauschal. Die Möglichkeiten inner- und außerhalb des ersten Bildungsweges untergliedern sich in eine Vielzahl von verschiedenen Pfaden, sodass zunächst auf der obersten Aggregatsebene mindestens vier Typen von Wegen zur Studienberechtigung unterschieden werden sollten:

1. Der ‚direkte‘ Weg im allgemeinbildenden Schulsystem
2. Nachgeholt Abschlüsse im allgemeinbildenden Schulsystem
3. Direkte Anschlüsse im berufsbildenden Schulsystem (Aufbauschulen)
4. Abschlüsse in Kombination mit einer Berufsausbildung

Tabelle 1: Prozentanteile der Zugangswege zur Studienberechtigung, Studienberechtigtenjahrgang 2009

	allgemeine und fachgebundene Hochschulreife	Fachhoch- schulreife	zusammen
Allgemeinbildende Schulen	59,9	3,0	62,8
<i>Direkte Wege</i>	58,5	2,6	61,0
Gymnasien	53,5	1,9	55,3
Gesamtschulen (inkl. Waldorfschulen)	5,0	0,7	5,7
<i>nachgeholte Abschlüsse</i>	1,4	0,4	1,8
Abendschulen und Kollegs	1,3	0,4	1,7
Sonstige (z.B. Externenprüfungen)	0,1	0,0	0,1
Berufsbildende Schulen	10,3	26,9	37,2
<i>Direkte Anschlüsse</i>	9,4	12,1	21,4
Fachgymnasien	8,8	0,4	9,2
Fachoberschule	0,5	11,7	12,2
<i>Kombination mit Berufsausbildung</i>	0,9	14,9	15,8
Berufsober-/Technische Oberschulen	0,9	1,4	2,3
Fachschulen und Fachakademien	0,0	3,7	3,7
Berufsfachschulen und Berufsschulen	0,0	9,8	9,8

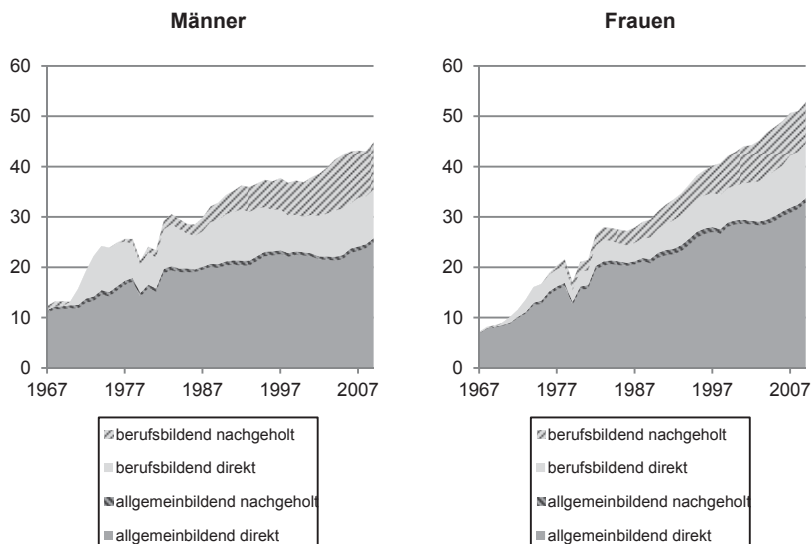
Quelle: Statistisches Bundesamt, Fachserie 11, Reihen 1 und 2, Schuljahr 2009/2010.

Exemplarisch für den Studienberechtigtenjahrgang 2009 ist in *Tabelle 1* die relative Bedeutung der vier institutionellen Typen und ihrer zugehörigen Schulformen abgetragen. Die Entwicklung der relativen Bedeutung der vier Typen im Zeitverlauf ist in *Abbildung 6* veranschaulicht.

Die allgemeinbildenden Schulen machen heutzutage einen Anteil von knapp 63 Prozent an allen vergebenen Studienberechtigungen aus.⁹ Davon wird der Großteil über die direkten Wege an den Gymnasien und in Form der allgemeinen Hochschulreife erworben. Den berufsbildenden Schulen kommt ein Anteil von 37 Prozent bei der Vergabe der Hochschulreife zu. Davon entfallen 21 Prozentpunkte auf die direkten Anschlüsse und 16 Prozentpunkte auf die Abschlüsse, die nach oder in Kombination mit einer Berufsausbildung erworben werden. Letztere Variante führt zum überwiegenden Teil zum Erwerb der Fachhochschulreife.

⁹ Betrachtet man nur die allgemeine und fachgebundene Hochschulreife, ergibt sich ein Anteil von 85 Prozent.

Abbildung 6: Entwicklung der Studienberechtigtenquote nach Arten der Studienberechtigung (Prozent)



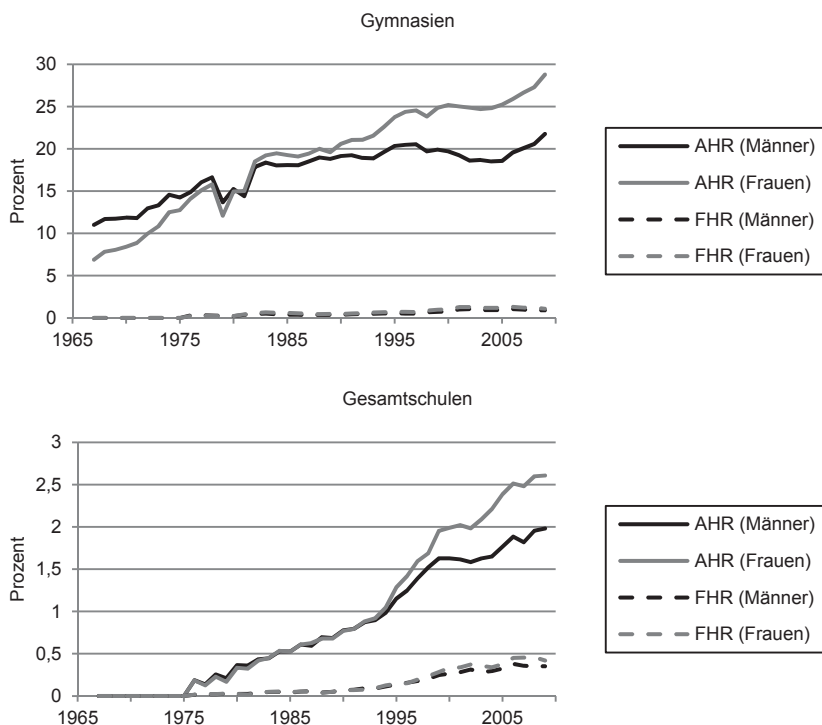
Quelle: Synthetischer Absolventenkohortendatensatz (vgl. *Anhang A5*). Anmerkung: Studienberechtigte eines Jahrgangs als Anteil der altersgleichen Bevölkerung.

Die nach Geschlechtern getrennte Darstellung in *Abbildung 6* beschreibt das bekannte Bild, dass die Expansion der Studienberechtigtenquoten seit Ende der 1960er-Jahre für die Frauen etwas steiler verläuft als für die Männer. Mit den Studienberechtigtenjahrgängen Mitte der 1990er-Jahre haben die Frauen die Männer in den Quoten überholt. Insgesamt wird deutlich, dass die zunehmende Inanspruchnahme alternativer Wege zur Studienberechtigung ein wesentlicher Bestandteil des Expansionsprozesses ist. Dies gilt etwas ausgeprägter für die Männer als für die Frauen. Neben den klassischen allgemeinbildenden Weg sind mit Beginn der 1970er-Jahre berufsbildende Wege getreten, die seither bei den Frauen insgesamt, bei den Männern vor allem durch die Kombination von Berufsausbildung und Studienberechtigung expandieren.

2.2.1 Der direkte Weg im allgemeinbildenden Schulsystem

Der klassische (direkte) Weg über die *gymnasiale Oberstufe* ist nach wie vor der bedeutendste Weg zur Studienberechtigung. Etwa 61 Prozent der Studienberechtigten erwerben heutzutage die Studienberechtigung auf diese Art und Weise, größtenteils in Form der allgemeinen Hochschulreife. Der überwiegende Teil der gymnasialen Oberstufen befindet sich an den traditionellen allgemeinbildenden Gymnasien. Etwa sechs Prozent aller Studienberechtigungen eines Jahrgangs werden an den *Gesamtschulen* erworben, die meist über eigene gymnasiale Oberstufen verfügen.

Abbildung 7: Studienberechtigte von Gymnasien und Gesamtschulen als Anteil der altersgleichen Bevölkerung



Quelle: Synthetischer Absolventenkohortendatensatz (vgl. *Anhang A5*). Anmerkungen: AHR=allgemeine und fachgebundene Hochschulreife; FHR=Fachhochschulreife.

Wege zur Studienberechtigung – Wege ins Studium?

Eine Analyse sozialer Inklusions- und
Ablenkungsprozesse

Schindler, S.

2014, XVI, 305 S. 59 Abb., Softcover

ISBN: 978-3-658-03840-3